

Bericht über die Stadtratssitzung vom 31.03.2009

### **Straßenprostitution in Schweinfurt- die Tricks von OB Grieser!**

Nach den massiven Bürgerprotesten am Musikerviertel und in der Gartenstadt bezüglich der Verlegung des Straßenstriches auf das Gelände der Stadtwerke Schweinfurt GmbH, musste sich der Stadtrat erneut mit der Problematik beschäftigen.

Für die Fraktion der SPD stellte deren Fraktionsvorsitzende, für die Grünen deren Vertreter ihre Positionen im Stadtrat klar. Die Fraktion der Sozialdemokraten wie auch die Grünen forderten die Aufhebung des Beschlusses vom 03.03.09 aufzuheben. In seinem Wortbeitrag teilte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Frank Firsching mit, dass seine Fraktion den Antrag der SPD unterstützen werde.

Da zuvor die Oberbürgermeisterin in ihrer bekannten Manier die Verantwortung für die Entscheidung weit von sich weisen wollte und ihren Gegenantrag vorstellte, stellte Frank Firsching folgendes fest:

„Richtig ist, dass der Stadtrat in seiner letzten Sitzung die Entscheidung für den Standort „Franz- Schubert- Straße“ fraktionsübergreifend mit nur acht Gegenstimmen getroffen hat. Richtig ist auch, dass die Verwaltung den Auftrag hatte einen geeigneten Standort zu suchen.

Wie kam es also zu dieser Fehlentscheidung am Bürgerwillen vorbei? Der Grund liegt eindeutig in der fehlenden Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgern und der Geheimhaltungsnummer durch die Behandlung im Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung. Größere Transparenz hätte die Fehlentscheidung verhindert, die der Stadtrat heute korrigiert.

Jetzt tut unsere Oberbürgermeisterin so, als hätte sie selbst mit der Sache nichts zu tun. Hierzu müssen die Bürger wissen:

1. Chefin der Verwaltung ist die Oberbürgermeisterin!
2. Chefin des Stadtrates ist die Oberbürgermeisterin!
3. Verantwortlich für die Tagesordnung und somit für die Behandlung des Themas in nichtöffentlicher Sitzung ist die Oberbürgermeisterin, gemäß Geschäftsordnung.

Daher trägt nicht alleine die Verwaltung die Schuld für dieses Fiasko, sondern die Oberbürgermeisterin.“

Dann die Überraschung:

Entgegen ihrer Ankündigung hielt Frau Oberbürgermeisterin Grieser nicht an ihrem Antrag fest den Straßenstrich in der Franz- Schubert- Straße anzusiedeln, sondern beantragte die

Standortsuche aufzugeben und Straßenprostitution in Schweinfurt zukünftig nicht mehr zuzulassen.

Damit sei ihr Antrag der weitergehende und folglich die Anträge von SPD und Grünen vom Tisch. Argumentierte die Rathauschefin mit Unterstützung ihrer Angestellten Baldauf und Mainka, sowie ihren Getreuen aus der CSU Fraktion, Funk und Hornung.

Zum Antrag der OB stellte Firsching den Geschäftsordnungsantrag, diesen nicht in seiner Gänze abstimmen zu lassen, sondern die Punkte wie auch bei anderen Abstimmungen zuvor in einzelne Punkte zu gliedern.

Zuerst sollten die inhaltlichen Schnittpunkte der Anträge von SPD, Grünen und OB abgestimmt werden. Diese wären in der Reihenfolge:

1. Der Stadtratsbeschluss vom 03. März wird aufgehoben.
2. Der Standort Franz- Schubert- Straße wird aufgegeben.

Erst anschließend sollte über den weiteren Schritt der OB abgestimmt werden, der das komplette Straßenstrichverbot zum Ziel hat.

Firsching begründete die Haltung der LINKEN auch inhaltlich. „Warum hat die Stadtverwaltung zwei Jahre lang nach einem Standort gesucht? Weil der Stadtrat bisher der Meinung war einen Straßenstrich ausweisen zu müssen um keine illegale, unkontrollierte Straßenprostitution entstehen zu lassen. Das ist das Problem. Probleme werden aber nicht durch Nichtbefassung gelöst! Deshalb wollen wir gegen den Straßenstrich Franz-Schubert- Straße stimmen, die Suche nach einem geeigneten Standort aber nicht aufgeben.“

Diese Möglichkeit wollte uns (und anderen) die Oberbürgermeisterin durch ihren Antrag nehmen. Außerdem ging es ihr wohl darum der SPD und den Grünen den Erfolg zu verwehren, einen Antrag im Stadtrat durchzubringen, der nicht von CSU oder der Oberbürgermeisterin stammt.

In einer heftigen, emotionalen Diskussion beharrte die Ob -mit Hilfe der Verwaltung- darauf, dass ihr Antrag der weitegehende wäre und dieser auch zuerst Abstimmung gebracht werden müsste.

Sinan Öztürk verwies auf den § 29 der Geschäftsordnung in der geregelt ist, dass Geschäftsordnungsanträge sofort behandelt und abgestimmt werden müssen. Auch dieser Hinweis wurde seitens der OB und der Verwaltung ignoriert!

Ergebnis:

Der Antrag der OB, der auf ein völliges Verbot der Straßenprostitution in Schweinfurt zielte, wurde gegen die Stimmen von SPD, Grüne und Linke angenommen.

## **Verlängerung des Verzichts auf die Stellplatzablöse**

Gegen die Stimmen der LINKEN und der Grünen wurde die Förderung der Stellplatzablöse für weitere zwei Jahre beschlossen.

Stellplatzablöse muss jemand zahlen, der in der Stadt Häuser errichtet oder Geschäfte betreibt, die in der Folge Parkplätze benötigen, diese aber nicht vom Investor errichtet werden. Pro benötigten Parkplatz der nicht bereitgestellt wird sind 5100 Euro fällig. Mit der Unterstützung dieser Mittel hat die Stadt für eine ausreichende Anzahl von PKW-Stellplätzen zu sorgen. Beispielsweise durch den Bau und den Betrieb von Parkhäusern. Diese Stellplatzablöse verlangt die Stadt Schweinfurt seit zwei Jahren für die Innenstadt nicht mehr. Im Jahr 2008 entgingen der Stadtkasse dadurch über 700 000 Euro. Mehr als 550 000 Euro sparten sich die Investoren des neuen Großkinos, 76 500 Euro Stadtratskollege Georg Wiederer und Partner beim Bau des „Hugendubel- Hauses“.

Die Ablehnung des Antrages begründete Firsching wie folgt:

Mit der Ablöse stellen sie lediglich Kuschanträge für Großinvestoren. Mit dem Verzicht auf die Stellplatzablöse sind der Stadt Schweinfurt seit 2008 bis heute, Einnahmen in Höhe von 715.000 entgangen. Rechnet man die weiteren Verluste der nächsten zwei Jahre hinzu, könnte man dieses Geld als Anschubfinanzierung für den Tiefgarage „Messeplatz“ nutzen. Ausnahmen wie der Bäcker bei dem auf eine Ablöse in Höhe von 5100€ verzichtet wurden, kann der Stadtrat im Einzelfall bei Bedarf entscheiden.

## **Wohnscheibe am Bergl**

LINKE Baustadtrat Joachim Fiedler stellte eine Anfrage zum Stand der „Verbesserung des Wohnumfeldes der Wohnscheibe am Bergl“. Baureferent Müller beantwortete die Anfrage der LINKEN. Die Förderanträge der Stadt seien von den staatlichen Stellen abgelehnt worden. Jetzt müsse die Stadt mit den Eigentümern reden. Eine entsprechende Vorlage werde in der Bauausschusssitzung am 14. Mai 09 vorgelegt.

## **Einnahmeausfälle durch das Konjunkturpaket II**

DIE LINKE Fraktionsvorsitzender Frank Firsching fragte an welche Einnahmeausfälle die Stadt Schweinfurt durch die Steuersenkungen erwartet, die SPD/ CDU/ CSU im Konjunkturpaket II beschlossen haben. Kämmerer Baldauf erläuterte seine Berechnungen die Einnahmeausfälle von etwa 500 000 Euro jährlich ergeben. Für die Zeit der Wirkung des Konjunkturpakets 2009/ 2010 zusammen also etwa 1 Mio. Euro.

Sinan Öztürk, Frank Firsching